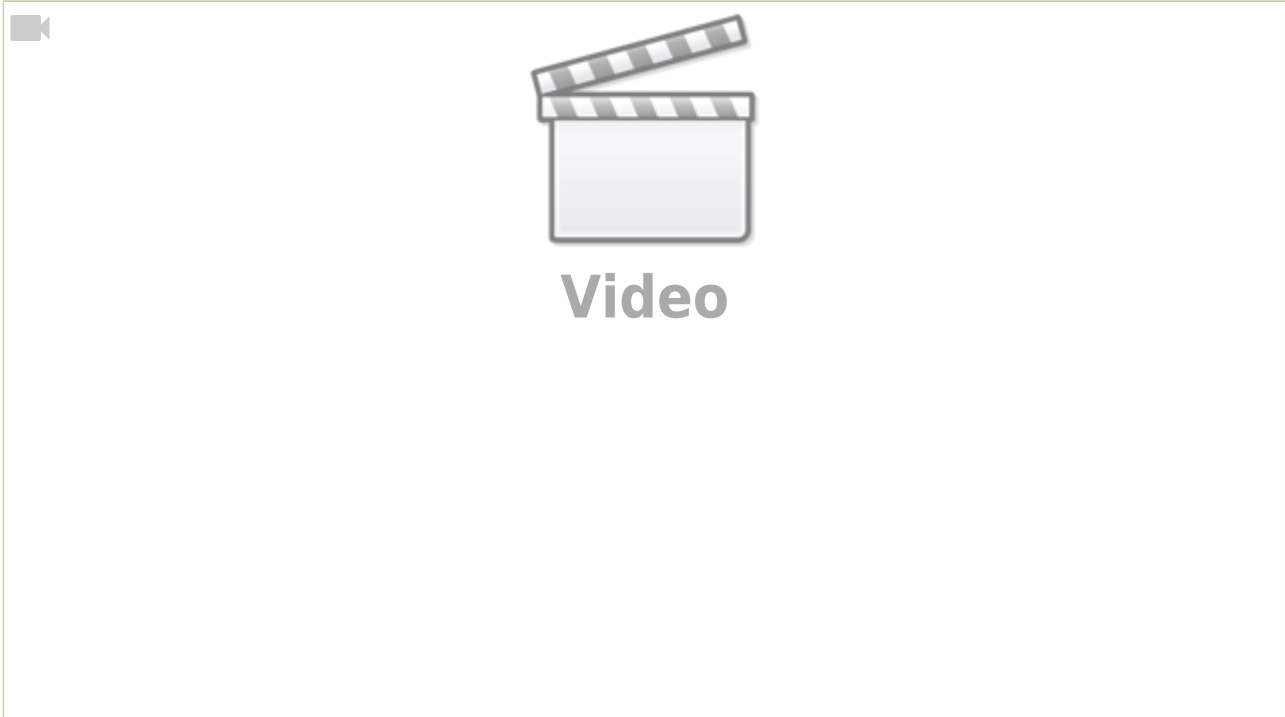
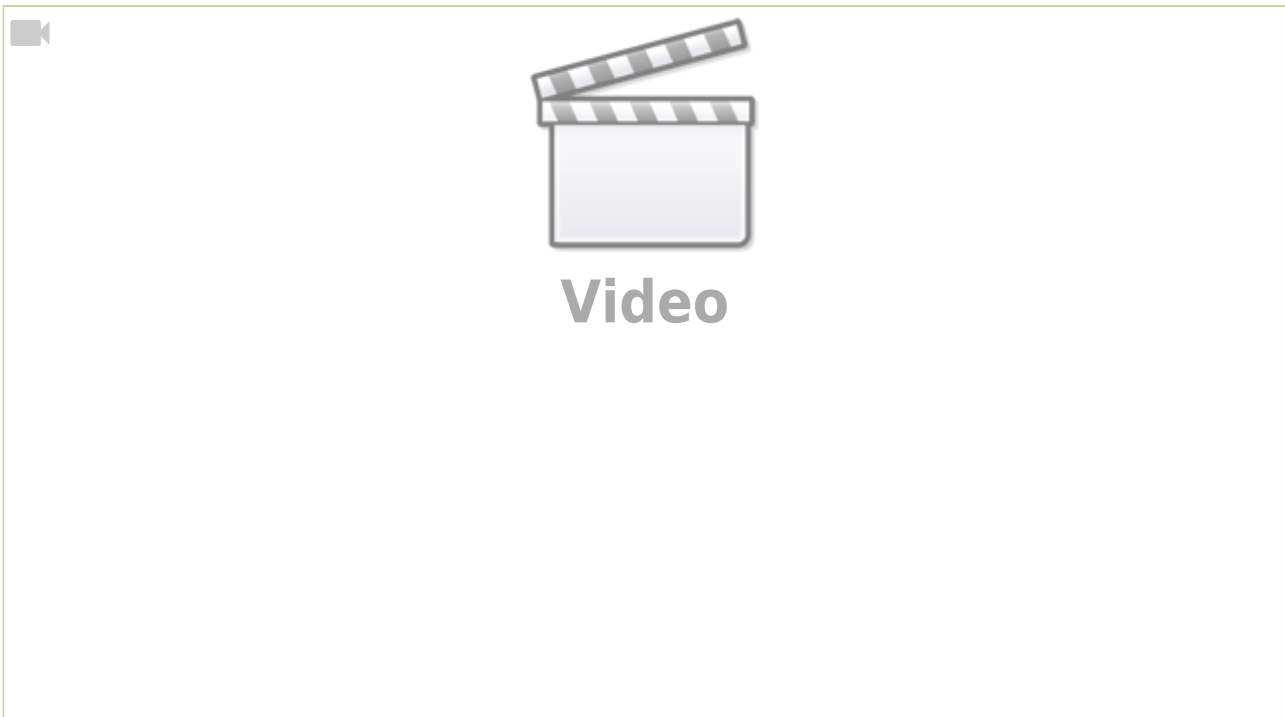


Medienwandel

Fallbeispiel: Rezo - Die Zerstörung der CDU (05/2019)



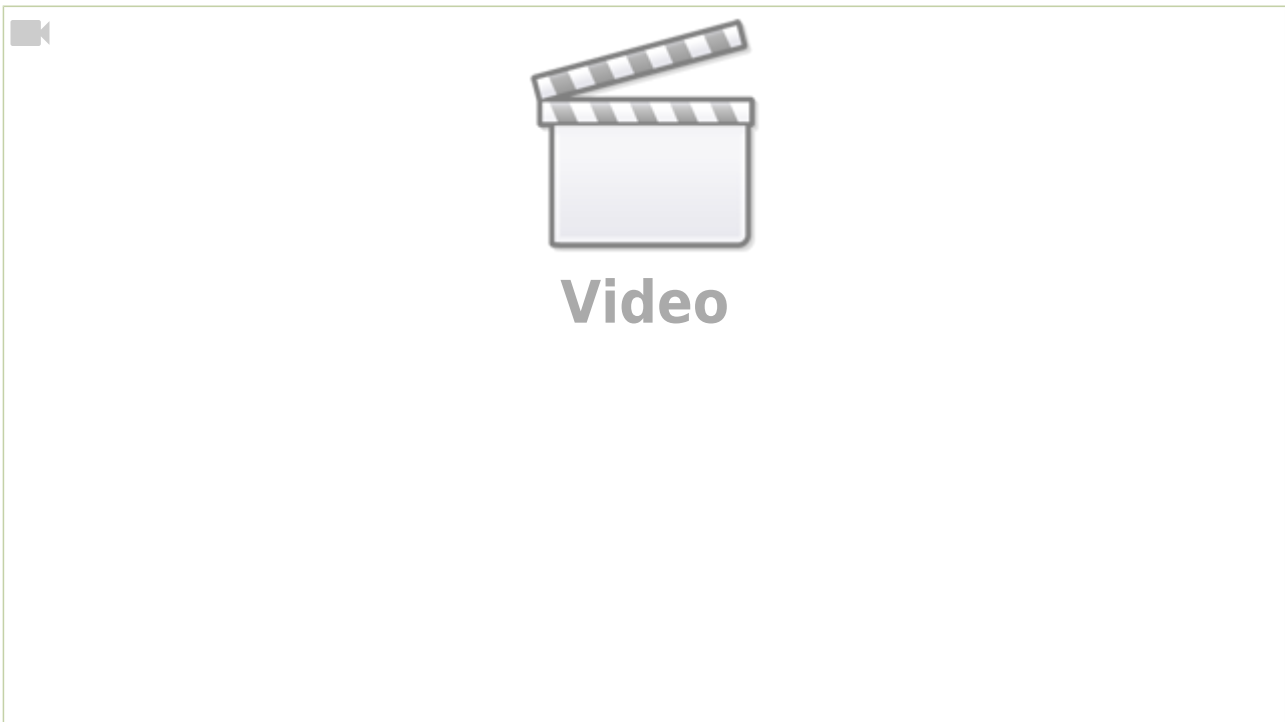
Einordnung verschiedener Reaktionen



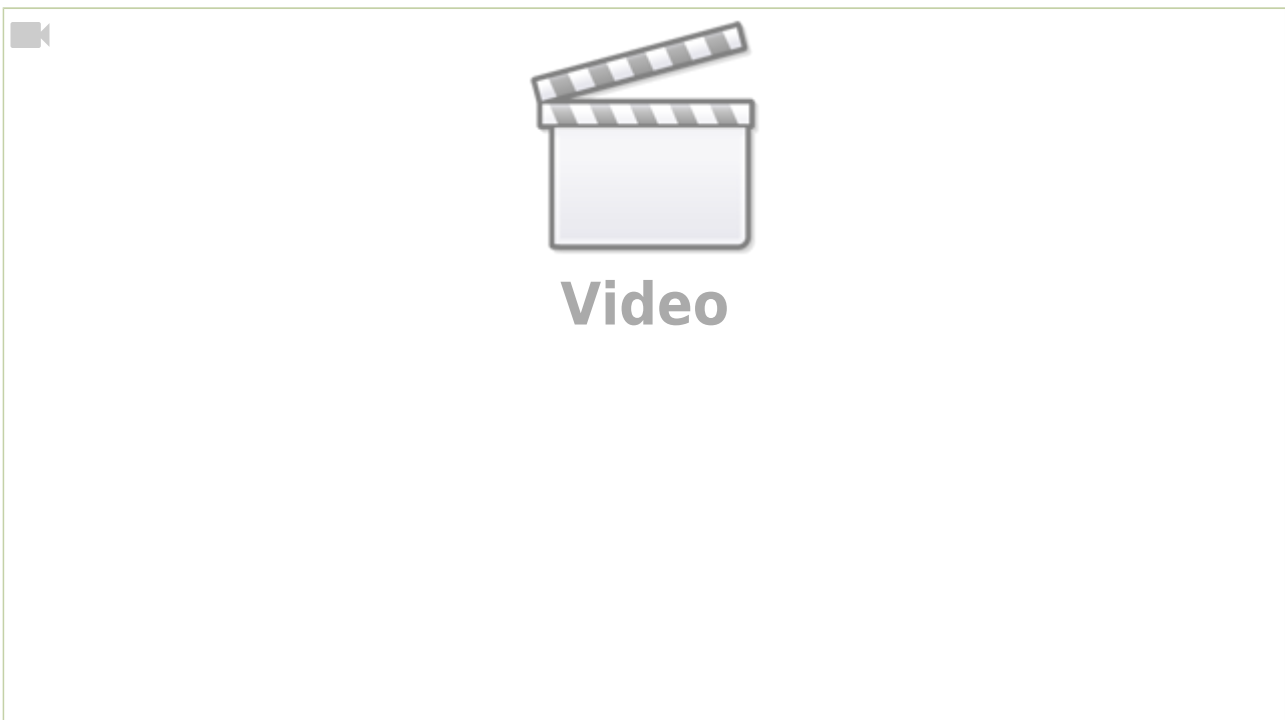
v.a. interessant: Reaktion eines FAZ Redakteurs (ab 12:50) - hier scheint die Kränkung und Hilflosigkeit deutlich zu werden, die das „alte“ Medium Zeitung erfährt, dessen Journalisten bis vor einigen Jahren die Deutungshoheit über wichtige Ereignisse hatten und die nun erkennen müssen,

dass ein junger Man mit einem YouTube-Kanal in ein paar Tagen mehr Reichweite erzielt als sie als große deutsche Tageszeitung jemals hatten.

Faktencheck der Klimafakten



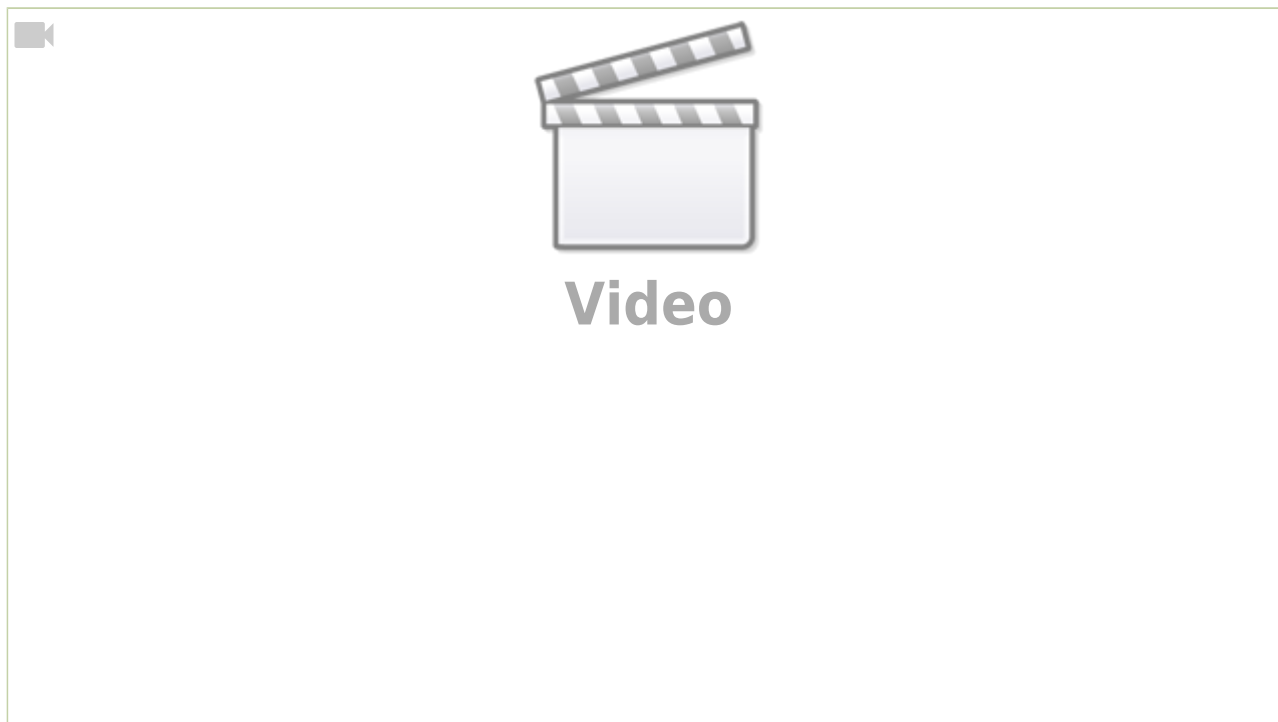
Follow-up: Offener Brief von 90 YouTubern



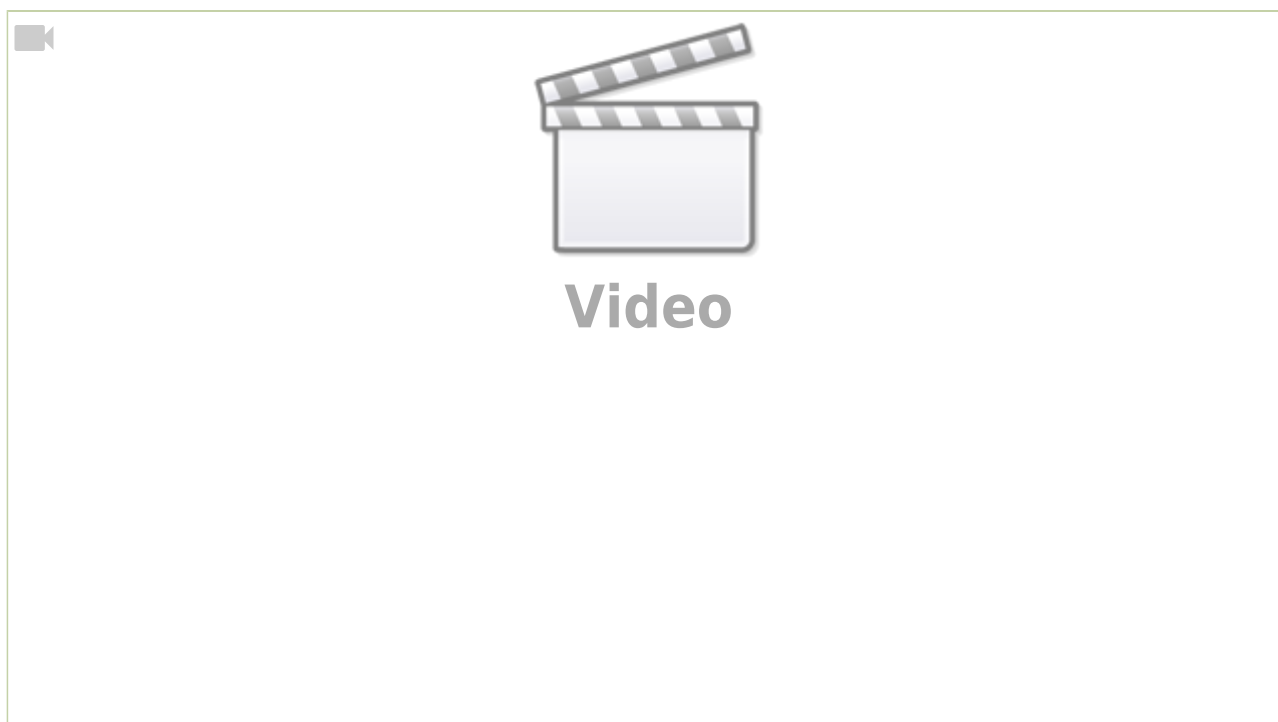
Hier v.a. interessant: Erst durch digitale Technologien und den damit verbundenen Medienwandel ist es möglich, dass 90 Menschen innerhalb von ein bis zwei Tagen ein koordiniertes Statement verfassen, sich über den Text einig werden, diesen unter sich verteilen; dass jeder von ihnen diesen Text vorträgt, sich dabei filmt, die Videos dann wieder (vermutlich) einem von ihnen zukommen lässt, welche/r das Ergebnis dann zusammenschneidet und veröffentlicht.

Die dafür nötigen Technologien (Messenger, Kollaborative Textdokumente, schnelles Internet, Videokameras in praktisch jedem Haushalt, YouTube als unregulierte Plattform, wo das Ergebnis sofort eine große Reichweite erzielen kann) waren bis vor einem Jahrzehnt noch nicht vorhanden, daher wäre so eine politische Meinungsäußerung mit dieser Breitenwirkung (knapp 3 Mio Aufrufe nach 2 Tagen, Stand 26.05.2019) nicht möglich gewesen.

Analyse von Mr Wissen2Go



Analyse des ZDF



„Regulierung von Meinungsmache“?

Die CDU-Vorsitzende Annegret Kamp-Karrenbauer äußerte sich kritisch über das oben verlinkte „Follow-up“ Video:

Was wäre eigentlich in diesem Lande los, wenn eine Reihe von, sagen wir, 70 Zeitungsredaktionen zwei Tage vor der Wahl erklärt hätten, wir machen einen gemeinsamen Aufruf: Wählt bitte nicht CDU und SPD. Das wäre klare Meinungsmache vor der Wahl gewesen. [...]
Und die Frage stellt sich schon mit Blick auf das Thema Meinungsmache, was sind eigentlich Regeln aus dem analogen Bereich und welche Regeln gelten eigentlich für den digitalen Bereich, ja oder nein.

zitiert nach: [AKK will Online-"Meinungsmache" regulieren](#)

Rechtliche Situation

Rechtliche Kurzanalyse des Rechtsanwalts Simon Assion

Quelle: [@sas_assion](#)

Quelle: https://twitter.com/sas_assion/status/1133073150814695424

Simon Assion @sas_assion
Ein paar medienrechtliche Anmerkungen zu der Äußerung von @akk, man müsse angesichts von #rezvideo über die Regulierung von Wahlaufrufen von Influencern nachdenken. twitter.com/Herr_Decker/st...

2.905 Likes 1.369 Retweets
27.05.19 at 20:11 via TweetDeck

Simon Assion @sas_assion
Hier das Zitat, leicht redigiert:
(Quelle: [twitter.com/MdBdesGrauens/...](https://twitter.com/MdBdesGrauens/)) pic.twitter.com/RB1TFCb3F

"Ich habe mir, als die Nachricht kam, dass sich eine Reihe von YouTubern zusammengeschlossen haben, um einen Wahlaufruf gegen CDU und SPD zu starten. Da habe ich mich gefragt, was wäre in diesem Land los gewesen, wenn diese Reihe von (70) Zeitungsredaktionen einen Wahlaufruf gemacht hätten - wählt bitte nicht CDU und SPD. Das wäre klare Meinungsmache vor der Wahl gewesen, und es hätte eine massivere Diskussion in diesem Land ausgelöst. Und die Frage stellt sich schon in Bezug auf das Thema Meinungsmache: Was sind eigentlich die Regeln aus dem analogen Bereich, und welche Regeln gelten eigentlich für den digitalen Bereich, ja oder nein? Das ist eine Frage, über die wir uns unterhalten werden (...). Und deswegen werden diese Diskussion auch sehr offen sein."

Simon Assion @sas_assion 12h
Beginnen wir mit dem Offensichtlichen: Influencer sind keine Zeitungen. Influencer sind Prominente, die manchmal für andere Personen Vorbildwirkung haben.

Für Prominente gelten keine journalistischen Sorgfaltsregeln oder Neutralitätspflichten.

Simon Assion @sas_assion 12h
Ein Gesetz, das es Privatpersonen untersagt, vor der Wahl einen Wahlaufruf zu veröffentlichen, gibt es selbstverständlich nicht. Andernfalls wären ja auch Wahlaufrufe von Prominenten zugunsten der CDU/CSU rechtswidrig.

Hier eine Bildergalerie von 2013: wivo.de/politik/deutsch...

Simon Assion @sas_assion 12h
Und nun zu den Zeitungen: Auch für diese gibt es selbstverständlich kein Gesetz, das diesen "Meinungsmache" verbietet. Meinungen zu machen, gehört sogar zu deren eigentlicher Aufgabe.

Simon Assion @sas_assion 12h
"Die Freiheit der Medien ist konstituierend für die freiheitliche demokratische Grundordnung", sagt das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung
(statt vieler BVerfGE 117, 244 (258) - Cicero)

Simon Assion @sas_assion 12h
Deswegen gibt es selbstverständlich auch in Deutschland kein Gesetz, das es Zeitungen verbietet, vor der Wahl "Wahlaufrufe" zu veröffentlichen. Dies Praxis ist in Deutschland zwar selten, aber kommt vor. Im anglo-amerikanischen Bereich sind sog. 'Endorsements' sogar ganz üblich.

Simon Assion @sas_assion 12h
Lange Liste von Beispielen aus UK (für 2017): en.wikipedia.org/wiki/Endorseme...

Beispiel für eine Wahlempfehlung aus Deutschland (Financial Times Deutschland): n-tv.de/politik/FTD-ent...

Simon Assion @sas_assion 12h
Wenn Zeitungen sich in Deutschland zusammmenten würden, um konzertiert eine Wahlempfehlung abzugeben, dann wäre das also vollkommen legal.

Versuche der negativ betroffenen Parteien, eine solche Praxis "offensiv anzugehen", wären demgegenüber offensichtlich verfassungswidrig.

Simon Assion @sas_assion 12h
Denn, in den Worten des BVerfG:
"Eine freie [...] keiner Zensur unterworfenen Presse ist Wesenselement des freiheitlichen Staates [...]. Ihre Aufgabe ist es, [...] Meinungen wiederzugeben und selbst Meinungen zu bilden und zu vertreten."
- BVerfGE 52, 283 (296) - Tendenzschutz pic.twitter.com/XrNzE8HBN1

§ 1 Abs. 1 Satz 2 GG
a) Das Grundrecht der Pressefreiheit umfasst die Freiheit, die Tätigkeit einer Zeitung festzulegen, betreiben, zu ändern und diese Tätigkeit zu beenden. Dies ist eine Grundbedingung freie Presse, wie sie durch Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG geschützt wird. Eine Einschränkung dieses Grundrechts, wenn Zensur unterworfenen Presse ist Wesenselement des freiheitlichen Staates und für die moderne Demokratie unerlässlich (BVerfGE 20, 162 (174) - Spiegel), ist unzulässig. Eine Einschränkung dieses Grundrechts, die Inhalt der besprochenen Meinungen abzugeben und zu verbreiten, ist zulässig. Das Recht der Zensur einer nicht großen Zahl unabhängiger, vom Staat unabhängiger und selbstredend unabhängiger, politischer Parteien oder sonstiger Organisationen zusammenzufassen, ist zulässig. Die Grundrechte der Pressefreiheit, die durch Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG geschützt sind, sind im Wesentlichen davon abhängig, dass die Grundrechte einer Zeitung unbeeinträchtigt bleiben und verwirklicht werden kann. Dem Staat sind insoweit nicht für unzulässige Eingriffe, vor allem in Gestalt eigener Einflussnahme auf die Redaktion von Zeitungen, verboten, er darf auch nicht durch rechtliche Regelungen die Presse fördern - nichtstaatlichen - Einrichtungen unterstützen oder öffnen, die mit dem durch Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG begründeten Postulat unvereinbar wären, der Freiheit der Presse Redaktionen zu tragen (vgl. BVerfGE 20, 162 (173)).

Simon Assion @sas_assion
Zusammengefasst lässt sich also sagen: Wenn @akk andeutet, es gäbe im "analogen Bereich" Regeln, mit denen eine derartige "Meinungsmache" verboten sei, dann entspricht diese Äußerung nicht der Rechtslage. Verboten ist dies weder für Influencer, noch für Zeitungen.

Simon Assion @sas_assion 12h
Und weil nun vielleicht die CDU auf die Suche nach "analogen" Regeln des Medienrechts gehen könnte, die sie auf "Influencer" übertragen könnte, hier noch eine kleine Auflistung von medienrechtlichen Regelungen, die alle NICHT verbieten, Wahlaufrufe zu veröffentlichen:

Simon Assion @sas_assion 12h
Richtlinie 1.2 des (ohnehin unverbindlichen) Pressekodex verpflichtet die Presse, auch Auffassungen darzustellen, die sie selbst nicht teilt.

Aber selbstverständlich dürfen Journalisten und Medien sagen, welche Auffassung sie teilen. pic.twitter.com/t99QAachD3

Richtlinie 1.2 – Wahlkampfberichterstattung
Zur wahrhaftigen Unterrichtung der Öffentlichkeit gehört, dass die Presse in der Wahlkampfberichterstattung auch über Auffassungen berichtet, die sie selbst nicht teilt.

Simon Assion @sas_assion
Auch die Verpflichtung von Medien auf die "journalistische Sorgfalt" (z.B. § 6 Abs. 2 SaarMedienG) verbietet Medien weder "Meinungsmache", noch Wahlaufrufe. Medien können sorgfältig berichten und trotzdem Position beziehen. Sie sollten beides nur transparent voneinander trennen. pic.twitter.com/Rq2ayayMTX

(2) Die Medien haben den anerkannten journalistischen Grundsätzen, auch beim Einsatz virtueller Elemente, zu entsprechen. Nachrichten über das aktuelle Tagesgeschehen sind von ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit zu prüfen.

Simon Assion @sas_assion 12h
Genau deshalb gibt es in Medien ja auch eine Vielzahl von Kommentaren, die sich für oder gegen bestimmte Politiker aussprechen. Hier beispielsweise eine Rücktrittsforderung gegen Kanzlerin Merkel: tagesschau.de/kommentar/merk...
Ist das "Meinungsmache"? Selbstverständlich. Illegal? Nein.

Simon Assion @sas_assion
t/,dr:

- Influencer sind keine Zeitungen.
- Wahlaufrufe sind legal.
- Zeitungen müssen nicht neutral sein
- Zeitungen dürfen "Meinungsmache" betreiben.
- Versuche, dies gesetzlich zu ändern, wären unweigerlich verfassungswidrig.
- All dies gilt analog genauso wie digital.

Weitere rechtliche Analyse

[Artenschutz für CDU und SPD?](#)

Politische, rechtliche und gesellschaftliche Einordnung

1. [Rezo, Realität und Regulierung](#)
2. [Arroganz statt Inhalte](#)